

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

Oktober 2018

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Sacharbeit kommt gut voran

Demokratische Entscheidung über den Fraktionsvorsitz



Uwe Schummer
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

In der Bundestagsfraktion erlebten wir eine faire Kampagne für den Vorsitz. Volker Kauder, der mit viel Erfahrung die Unionsfraktion 13 Jahre durch schwierige und viele gute Jahre führte, Ralph Brinkhaus, der fachlich pointiert und fair in das Rennen einstieg. Die Fraktion hat demokratisch entschieden. Wir gratulieren Ralph Brinkhaus zur Wahl und wünschen ihm eine glückliche Hand. Volker

Kauder danken wir sehr herzlich für seine hervorragende Arbeit.

Demokratische Entscheidungen zu dramatisieren, wie es in manchen Medien geschieht, ist nicht wirklich demokratisch. Hier empfehle ich mehr Gelassenheit. Die Fraktion wird weiterhin unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die von ihr geführte Bundesregierung unterstützen, selbstbewusst auch mit eigenen Initiativen.

Die nächsten Jahre müssen wir endlich nutzen, um mit ernstem Bemühen und beharrlicher Arbeit die Themen der Menschen anzugehen. Nur so gelingt es, neues Vertrauen aufzubauen.

Wir sind auch schon mitten in der Arbeit. Auch wenn die Begleitmusik zuletzt manches übertönt hat - in der Regierungsarbeit ging es in den vergangenen Wochen Schlag auf Schlag mit Projekten, die gut sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- 5,5 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Wir haben dafür gesorgt, dass ein Teil des Geldes auch in die Betreuungsqualität investiert wird.

- Das Baukindergeld kann jetzt bean-

tragt werden. Je Kind gibt es, über zehn Jahre verteilt, 12 000 Euro für Eltern, die ein Haus oder eine Wohnung für die Familie bauen oder kaufen.

- Mit dem Rentenpaket, über dessen Einzelheiten sich die Koalition geeinigt hat, schaffen wir Zuverlässigkeit für die kommenden Jahre. Verbesserungen gibt es bei der Mütterrente für Mütter, die vor 1992 geboren wurden, und den Erwerbsminderungsrenten.

- Die Krankenkassenbeiträge werden ab dem 1.1.2019 wieder zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Das wirkt sich positiv auf die Beiträge der Versicherten aus.

- Die Länder erhalten vom Bund bis 2021 rund 5,5 Mrd. Euro für den Sozialen Wohnungsbau. 100 000 Wohnungen sollen zusätzlich entstehen. Insgesamt sollen, so die Zielsetzung des Wohngipfels, bis 2021 sogar 1,5 Millionen Wohnungen entstehen.

Das, so finde ich, kann sich als Auftakt schon sehen lassen.

Ihr/ Euer

Uwe Schummer

Inhalt

Uwe Schummer - Sacharbeit
kommt gut voran - Demokratische
Entscheidung über den
Fraktionsvorsitz 1

Peter Weiß - Weniger Beiträge -
mehr Teilhabe 2

Karl-Josef Laumann - Das neue
CDU-Grundsatzprogramm braucht
eine christlich-soziale Handschrift 3

Enquete-Kommission mit
Knoerig und Hannack 3

Elisabeth Winkelmeier-Becker -
Kleine Wohnungsbau-
genossenschaften fördern 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Newsletter „Arbeitnehmergruppe aktuell“ erscheint regelmäßig monatlich in den Sitzungszeiten des Deutschen Bundestages. Die elektronische Fassung können Sie abonnieren. Bitte senden Sie uns hierzu unter dem Stichwort „Newsletter-Abo“ eine E-Mail an arbeitnehmergruppe@cducsu.de.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantwortl.)
Mitarbeit: Robert Schwöpe
E-Mail: kristina.freitag@cducsu.de
Foto Titel: Gebhard Bücker

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Weniger Beiträge - mehr Teilhabe

Peter Weiß

Beim Thema „Arbeit“ haben wir wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Mit dem Qualifizierungschancengesetz werden wir eine zentrale Maßnahme in diesem Herbst umsetzen: Wir wollen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte senken – und nicht nur um die 0,3 Prozentpunkte, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Wir entlasten damit sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen in Deutschland deutlich. Trotzdem wird die Rücklage bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg weiter wachsen, so dass wir gerüstet sind, falls wir in Krisenzeiten einmal schnell handeln müssen. Gleichzeitig werden wir die Weiterbildungsmöglichkeiten für beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Weiterbildungs- und Qualifizierungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit verbessern. So sieht eine zuverlässige Vorsorge in einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt aus.

gangenheit kaum eine oder gar keine Chance auf einen Weg in Arbeit und Teilhabe hatten, zu unterstützen. Mit dem neuen Regelinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Teilhabechancengesetz eröffnen wir ihnen Wege. Zusätzlich legen wir mit dem aktuellen Bundeshaushalt mehr Geld auf den Titel für die Verwaltungskosten, um genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Jobcentern zu finanzieren. Und wir erhöhen die Mittel, die



Peter Weiß

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Teilhabe verbessern

Wenn man dann noch die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und übrigens auch der Rentnerinnen und Rentner durch die Einführung der vollen Parität bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung hinzunimmt, dann kann man sagen: Das ist eine gute Botschaft. Der wirtschaftliche Erfolg kommt konkret bei den Bürgerinnen und Bürgern an.

Gleichzeitig nutzen wie die anhaltend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu Recht dafür, diejenigen Langzeitarbeitslosen, die in der Ver-

wir für die Eingliederung einsetzen, um über 4 Milliarden Euro über die gesamte Legislaturperiode.

Wir ermöglichen zusätzlich das, was wir konzeptionell über viele Jahre strittig diskutiert haben, nämlich den sogenannten Passiv-Aktiv-Tausch. Die Botschaft des Passiv-Aktiv-Tausches ist: Es ist besser, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit. Mit diesem Paket, neue Instrumente, mehr Personal und mehr Geld, werden wir es schaffen, Langzeitarbeitslose gezielt wieder in Arbeit zu bringen, zu fördern und zu unterstützen. Das ist die zweite gute Botschaft.

Das neue CDU-Grundsatzprogramm braucht eine christlich-soziale Handschrift

Karl-Josef Laumann



Karl-Josef Laumann

Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

Vor der CDU stehen spannende Diskussionen: die Partei wird sich in den nächsten Jahren ein neues Grundsatzprogramm geben. Und das ist auch gut, denn die Welt hat sich stark verändert seit der letzten Grundsatzdebatte im Jahr 2007. Digitalisierung, Globalisierung, die Auswirkungen von Flucht und Vertreibung. Der Grundsatzprogrammprozess steht noch am Anfang, aber bereits beim Parteitag im Dezember soll das Kapi-

tel zur Sozialen Marktwirtschaft diskutiert und verabschiedet werden.

Und das fordert unseren Einsatz, denn eins ist klar: Ohne die CDA gäbe es die Soziale Marktwirtschaft in der heutigen Form nicht. Wir waren es, die in den letzten 70 Jahren für das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft standen und das Versprechen „Wohlstand für Alle“ immer wieder mit Leben gefüllt haben. Daran müssen wir gerade

heute mit Leidenschaft weiterarbeiten!

Wir wissen, worauf es dabei ankommt, denn wir haben unser Ohr am kleinen Mann. Wir sprechen mit unseren Kolleginnen und Kollegen bei der kleinen Kaffeepause, abends im Verein und in der Kirchengemeinde. Wir sehen jene, die gerade keine Arbeit haben, die es besonders schwer haben im Leben. Ihre Wünsche und Ängste müssen wir aufnehmen und in die Diskussion der Partei tragen: Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden. Der Wunsch nach einer fairen Bezahlung und einer gerechten Verteilung von Vermögen in der Gesellschaft. Der Wunsch nach einer sicheren Rente und nach menschenwürdiger Pflege.

Lasst uns dafür sorgen, dass sich das im CDU-Grundsatzprogramm wiederfindet. Deshalb rufe ich Euch auf: Bringt euch mit unseren Themen und Argumenten innerhalb der CDU ein – in Euren Kreisverbänden, als Delegierte oder in öffentlichen Debatten. Lasst uns gemeinsam dem Grundsatzprogramm der CDU eine klare christlich-soziale Handschrift geben.

Enquete-Kommission mit Knoerig und Hannack

Die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Welt“ des Deutschen Bundestages hat sich konstituiert. Das Gremium soll eine Strategie für die Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung formulieren und aufzeigen, wie die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Zeiten des digitalen Wandels von Berufsbildern und Erwerbsbiografien gestärkt werden kann.

Die Arbeitnehmergruppe begrüßt die Einsetzung der Kommission. Unser Ausbildungssystem ist internatio-

nal vorbildhaft und muss es auch für künftige Generationen bleiben.

Mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe Axel Knoerig ist ein exzellenter Kenner von Arbeitswelt und Digitalisierung Mitglied der Kommission. Axel Knoerig: „Wir werden die Digitalisierung in den Branchen nur stemmen können, wenn wir langfristig eine Fachkräftesicherung vortreiben. Deshalb müssen wir uns fragen, was wir an dem Erfolgsmodell der Dualen Berufsbildung in den betrieblichen Strukturen, in der Berufsschule und im Berufsbild verändern müssen.“

Das machen wir gemeinsam mit den Unternehmen, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Berufskammern.“

Der Kommission, die zu gleichen Teilen aus Abgeordneten und externen Experten gebildet wird, gehört auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch Elke Hannack als Sachverständige an. Sie ist seit 2013 Stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und verantwortet dort den Bereich „Berufliche Bildung“. Elke Hannack ist auch Mitglied des CDU-Bundesvorstands.

Kleine Wohnungsbaugenossenschaften fördern!

Elisabeth Winkelmeier-Becker

Die Bekämpfung der akuten Wohnungsnot bedarf vielfältiger Maßnahmen. Eine ganze Reihe haben wir innerhalb der Koalition bereits in Angriff genommen: Die Stichworte lauten: Mietrechtsanpassungsgesetz, Sonder-AfA für den Mietwohnungsneubau und Baukindergeld. Darüber hinaus müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die den Wohnungsneubau beschleunigen.

Einen besonderen Blick sollten wir dabei auf die Förderung kleiner und mittlerer Wohngenossenschaften mit ca. 50-100 Mitgliedern richten, die einen zielführenden und sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot leisten können.

Tief verwurzelter Genossenschaftsgedanke

Der Genossenschaftsgedanke ist in Deutschland durch genossenschaftliche Kreditinstitute und Raiffeisengenossenschaften gesellschaftlich tief verwurzelt. Gerade kleinere, aus bürgerlichem Engagement gegründete Wohnungsgenossenschaften können den durch Solidarität und Subsidiarität geprägten Genossenschaftsgedanken gut verwirklichen. Sie leben insbesondere christdemokratische Grundwerte wie Selbstverantwortung, Selbstverwaltung und Selbsthilfe, die mit unserem Grundsatzprogramm im Einklang sind.

Innovation und Stärkung des sozialen Zusammenhaltes

Wohnungsgenossenschaften bieten ideale Anknüpfungspunkte zur Förderung von innovativem und ökologischem Bauen. So können durch zentrale Energieversorgung das energetische Wohnen erleichtert sowie durch gemeinschaftliche Nutzung von z.B. Elektroautos/Ladestationen oder Haushaltsgeräten Ressourcen eingespart werden.

Auch hinsichtlich sozialer Initiativen bieten Genossenschaften innova-

tive Möglichkeiten: durch barrierefreie, altersgerechte Wohnungen unterschiedlicher Größe wird generationsübergreifendes Zusammenwohnen ermöglicht. Zusätzliche Angebote wie die Betreuung von Kindern oder Älteren und die Kooperation mit Anbietern „Betreuten Wohnens“ sind möglich.

Dadurch helfen Wohnungsgenossenschaften auch gegen nicht dem Bedarf entsprechende Belegungen von Wohnungen: Senioren können sich bspw. nach dem Auszug der Kinder einfacher „verkleinern“, ohne ihr soziales Umfeld zu verlieren.

Ansatzpunkte für staatliche Unterstützung

Zur Gründung einer Wohnungsgenossenschaft wird ein sicheres Finanzierungskonzept mit 20 Prozent Eigenkapital verlangt. Dieses ist für die Zielgruppe eine hohe Hürde. Hier ergeben sich für die Politik Unterstützungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen:

- Kommunen könnten dieses Eigenkapital durch das Einbringen des Grundstücks zur Verfügung stellen und ggf. mit Vorgaben zur Art der Bebauung verbinden. Auch verwaltungsinterne Ressourcen zur Vermittlung bei der Grundstücksvergabe sowie zur planerischen und informellen Unterstützung bei der Gründung könnte die Kommune zur Verfügung stellen.
- Ein spezifisch zugeschnittenes Förderprogramm könnte als Ergänzung zu der Sozialen Wohnraumförderung aufgelegt werden. Dies könnte durch die Einrichtung einer KfW-Eigenkapitalförderung mit zinsgünstigen Darlehen für Neugründungen geschehen.

- Rentenversicherungsträger könnten gezielt auf den Bedarf der Beitragszahler und Rentner zugeschnittene Wohnungen planen und



Elisabeth Winkelmeier-Becker
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz

dafür aus eigenem Vermögen das Startkapital zur Verfügung stellen.

- Parallel zum Baukindergeld könnten Familien auch in der Finanzierung ihrer Genossenschaftsanteile unterstützt werden. Davon würden noch mehr Familien, auch mit kleinerem Einkommen, profitieren.

Preiswerter Wohnraum und Marktstabilität

Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften erfüllen einerseits effektiv den Wunsch der Bürger nach preisgünstigem, individuellem Wohnraum, Flexibilität und Sicherheit und tragen andererseits zu Stabilität und Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt bei.

Als subsidiär eigenverantwortliche Organisation fördern sie christlich-demokratische Grundwerte und stärken zugleich den sozialen Zusammenhalt.